Macht in der ökonomischen Theorie – ein historischer Streifzug mit Blick nach vorne.

Smith, Marx, Galbraith, Rothschild

Jakob Huber*

Disclaimer

Dieser Text entspricht der Kurzfassung der Diplomarbeit „Macht und ökonomische Theorie am Beispiel Kurt W. Rothschilds“ (Huber 2010).

* Mag. Jakob Huber, Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, Johannes Kepler Universität Linz, jakob.huber@jku.at

1. Macht und ökonomische Wissenschaft

- „Macht“ ist weder in der Ökonomie als Gesamtdisziplin noch innerhalb der einzelnen Schulen ein wohldefiniertes Konzept, sondern befindet sich in einem „vorwissenschaftlichen Stadium“.
- Wirtschaftliche Macht kann ein Mittel (Ausnutzung der Marktmacht) zum Zweck (eigene Bedürfnisbefriedigung) sein, aber auch ein Zweck (ungleiche Ausgangsposition) sein, der mit verschiedenen Mitteln (Beeinflussung der Institutionen und Mechanismen) angestrebt wird.
- In der vorherrschenden Ökonomik werden Machtfragen tendenziell vernachlässigt, wenn sie behandelt werden, handelt es sich in der Regel um einen engen und sehr spezifischen Machtbegriff der als störende Anomalie gedacht wird.
- Die Vernachlässigung ist nicht gerechtfertigt, da Machtphänomene in der Realität systematisch auftreten, in der vorherrschenden Theorie jedoch systematisch ausgeblendet werden.
- Es gibt verschiedene Ursachenkategorien für die Vernachlässigung von Macht:
    - *Der historische Kontext der Entstehung der Wissenschaft:* Adam Smiths theoretisches und normatives Gedankenexperiment eines freien, „machtlosen“ Marktes war hilfreich für das Aufbrechen des Feudalismus. Weite Teile des Smithschen Werkes werden von der Ökonomik ausgeblendet.
    - *Die Forschungsagenda:* Das Hauptaugenmerk der ökonomischen Theoriebildung lag und liegt bis heute auf Weiterentwicklung und Verfeinerung der „reinen Theorie“, für die Macht ein Störelement darstellt.
    - *Methodische Ursachen:* Die Mathematisierung der Wissenschaft führte zur Entfernung von anderen, machtbewussteren Sozialwissenschaften – diese Isolation wiederum fördert eine weitere Mathematisierung. Die „Angst vor Verunreinigung“ führt zu Delegation von Machtproblemen an andere Disziplinen oder Zurechtstutzen der Probleme an die vorhandenen Theorien und Methoden.
    - *Bewusste Unterordnung:* Die „ökonomischen Gesetze“ werden im Kern als Naturgesetze betrachtet. Nur im durch diese „Naturgesetze“ begrenzten „Freiraum“ können Individuen und Institutionen Macht erlangen und ausüben.
    - *Ideologische Aspekte:* Die Machtfreiheit der vorherrschenden Theorie und die wirtschaftspolitischen Ableitungen, die aus ihr folgen, machen sie für soziale Gruppen, die von möglichst freien Märkten und der Unterlassung von Staatsinterventionen profitieren, attraktiv. Viele ÖkonomInnen reagieren mit Unterwerfung unter das machtfreie Paradigma oder weichen Machtfragen aus. „Gesellschaftliche Macht fördert das Studium von Modellen machtfreier Gesellschaften.“ (Rothschild, 2002:440, eig. Übers.)
- Insbesondere marxistische und institutionalistische Theorien messen Machtfragen einen wichtigeren Stellenwert bei.

2. Macht und Adam Smith

- Das Gesamtwerk von Adam Smith lässt viele teils konkurrierende Interpretationen zu. In einer „machtbewussten“ Lesart ist das Wirtschaften mit Interessenskonflikten und Zwangsmomenten durchzogen.
- Der Arbeitsmarkt ist permanent Schauplatz von Kämpfen, in welchen die MeisterInnen die Oberhand behalten weil sie sich leichter organisieren können,

ihnen das im Gegensatz zu den ArbeiterInnen auch nicht untersagt wird und sie von den ArbeiterInnen relativ weniger abhängig sind als umgekehrt. In diesem Sinn wird Macht durch den Marktmechanismus erworben.

- Die Wirtschaftspolitik kann von Interessensgruppen instrumentalisiert werden. Dabei sind die Interessen der LandbesitzerInnen und der ArbeiterInnen nicht jedoch jene der UnternehmerInnen konsistent mit dem Interesse der Allgemeinheit. In der Regel setzen sich jedoch die UnternehmerInnen durch, weil sie die eigenen Interessen im Gegensatz zu den anderen Gruppen gut kennen. In diesem Sinn wird Macht dazu verwendet, in die Mechanismen und Institutionen des Marktes einzugreifen.
- Der Staat bzw. die Obrigkeit tritt in Smiths historischen Entwicklungsstufen zunächst als abhängige Variable auf (Vorhandensein von Vermögen schafft Notwendigkeit, es zu schützen und Unterordnung zu gewährleisten). Später wird der Staat auch zur unabhängigen Variable (Verteilung von Eigentumsrechten und damit Schaffung von Macht durch ungleiche Ausgangspositionen).
- Der gegenseitige Zwang ist ein zentrales Ordnungs- und Stabilisierungsmoment und kann als „sichtbare Hand" interpretiert werden. Die daraus folgende Unterordnung stellt eine symbiotische Beziehung zwischen allen, die etwas zu verlieren haben (d.h. all jene, denen sich jemand unterordnet), her.
- Die „unsichtbare Hand" ist in manchen Smith-Interpretationen das Substitut der Machtausübung und damit Grundlage der Vernachlässigung von Machtfragen. Sowohl im Bezug auf die konkrete Textstelle im *Wohlstand der Nationen* als auch im Gesamtkontext von Smiths Werk ist diese Auslegung abzulehnen.

3. Macht und Karl Marx

- Marx Werk lässt mehrere teilweise konkurrierende Interpretationen zu. Jedoch hat Marx die Machtfragen so vehement in die ökonomische Diskussion gebracht, dass eine „machtfreie" Interpretation undenkbar erscheint.
- Die Entstehung, Transformation und Reproduktion von (ökonomischer) Macht wird durch die Klassenstruktur und den Konkurrenzmechanismus erklärt.
    - Die Klassenstruktur ist durch das (Nicht-)Eigentum an Produktionsmitteln charakterisiert: Es ermöglicht KapitalistInnen ihre Kaufkraft in Autorität über ArbeiterInnen und mit einem gewissen Profitaufschlag wieder zurück in Kaufkraft zu verwandeln. Das Fehlen dieses Eigentums zwingt die ArbeiterInnen ihre Unterordnung unter die fremde Autorität in Kaufkraft zu verwandeln. Aufgrund des Subsistenzlohns ist ein Ausbrechen des Proletariats nicht möglich.
    - Der Konkurrenzmechanismus ist ein dreifacher: Innerhalb der NachfragerInnen um den höchsten Preis, innerhalb der AnbieterInnen um den niedrigsten Preis und zwischen den beiden Marktseiten mit jeweils umgekehrten Vorzeichen. Je stärker die Konkurrenz innerhalb der eigenen Marktseite bzw. Klasse ist, desto schwächer die Machtposition gegenüber der anderen Klasse.
- Ähnlich wie bei Smith ist das Bewusstsein über die eigenen Interessen (Klassenbewusstsein) ein entscheidender Faktor für die Entstehung von Macht, genauer ist es hier die Kooperation innerhalb einer Marktseite bzw. Klasse, die zu Marktmacht gegenüber der anderen Klasse führt.

- Das „machmindernde“ Pendant zur Kooperation ist die Konkurrenz in Form der industriellen Reservearmee für das beschäftigte Proletariat bzw. profitsuchende RivalInnen für die Klasse der KapitalistInnen.
- Die Stabilität neoklassischer Systeme beruht auf den teilweise unrealistischen Verhaltensannahmen des *homo oeconomicus*, aus welchen die Mechanismen des neoklassischen Marktes vollständig abgeleitet werden. Es besteht daher weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit, Machtstrukturen und Mechanismen zu integrieren. Genau diese sind unabhängig von ihrer empirisch feststellbaren Erscheinungsform für die Systemstabilität bei Marx verantwortlich.

4. Macht und John K. Galbraith

- Die institutionalistische Theorie im Allgemeinen und John K. Galbraith im Besonderen sind aufgrund ihrer Perspektive, ihres Forschungsfokus und ihrer Methoden von vornherein gegenüber Machtfragen offener als die vorherrschende Ökonomik.
- Der Einsatz von Technologien, also die systematische Anwendung von wissenschaftlichen Erkenntnissen oder sonst organisierten Wissens, hat weitestmögliche Planung und große Organisationen notwendig gemacht. Daraus folgt eine bimodale Teilung der Ökonomie: Wo Technologieeinsatz nur eine geringe Bedeutung hat, kann weiterhin von einem Marktsystem gesprochen werden. Jene Bereiche, die durch Technologien maßgeblich geprägt werden, können treffender als Plan- oder Industriesystem beschrieben werden.
- Im Industriesystem ist die Macht von der Person des/der EigentümerIn teilweise auf die Technostruktur, die Gruppe aller Führungs- und Fachkräfte, die an Entscheidungen beteiligt sind, übergegangen.
- Die Technostruktur nutzt ihre Macht zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele, das wichtigste Motiv ist die eigene Autonomie zu sichern.
    - Gegenüber EigentümerInnen bedeutet das, dass die Technostruktur Profite nur so lange anstrebt, wie es zur Befriedung der EigentümerInnen und damit zur Aufrechterhaltung der Autonomie der Technostruktur notwendig ist.
    - Gegenüber GeschäftspartnerInnen bedeutet das, dass die Technostruktur versucht, die Abhängigkeit durch den Aufbau einer Gegenmacht zu senken indem eigene Versorgungsketten aufgebaut werden, langfristige Preis und Liefervereinbarungen oder Exklusivverträge abgeschlossen werden. Diese Gegenmacht entsteht, wenn Monopolrenten von der Gegenseite abgeschöpft werden können. Diese Gegenmacht kann durchaus im Interesse der KonsumentInnen sein.
    - Gegenüber KonsumentInnen bedeutet das, dass die Technostruktur versucht, die Kaufentscheidungen durch Einsatz vielfältiger (Marketing)-Methoden zu manipulieren. Soweit sie dabei erfolgreich ist, spricht Galbraith von einem revidierten Ablauf, der die Souveränität der KonsumentInnen als letzte Instanz der Produktionsentscheidungen ablöst. Die „Doktrin“ der souveränen KonsumentInnen bildet einen Deckmantel für die Technostruktur, der Machtfragen verbirgt.
- Die vorherrschende neoklassische Theorie kann Machtfragen aufgrund drei zentraler Annahmen ausblenden: Uneingeschränkte Gewinnmaximierung der Unternehmen, uneingeschränkte Souveränität der KonsumentInnen und

uneingeschränkte Souveränität der WählerInnen als EntscheiderInnen über die (Wirtschafts-)Politik. In modernen Industriegesellschaften treffen diese nicht mehr zu, die Folge ist, dass die vorherrschende Theorie aufgrund ihrer Machtfreiheit den Kontakt zur Realität verloren hat.

- Das Festhalten an der unrealistischen neoklassischen Theorie kommt einer bewussten Verschleierung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse gleich und stellt auch eine demokratiepolitische Gefahr dar.
- Galbraiths Ideen wurden teilweise von orthodoxen und heterodoxen ÖkonomInnen aufgegriffen, oft ohne Rechenschaft abzulegen. In dem Umfang, in dem seine Analysen aus methodologischen Gründen oder aufgrund seiner thematischen Vielfalt nicht weiterverfolgt wurden, zählen insbesondere die heterodoxen ÖkonomInnen zu den VerliererenInnen.

5. Macht bei Kurt W. Rothschild 1 (Kritik der Mechanik und der Spieltheorie)

- Machtfragen sind nur in der Oligopolanalyse relevant. In den anderen Marktformen werden sie *per definitionem* ausgeschlossen.
    - In der vollkommenen Konkurrenz sind alle AkteurInnen per Definition gegenüber den Marktkräften ohnmächtig.
    - Im vollkommenen Monopol können Machtfragen ebenso wenig auftauchen, da Zutrittsbarrieren und Abwesenheit von Substituten für diese Marktform konstitutiv sind.
    - In der monopolistischen Konkurrenz ist der Handlungsspielraum der AkteurInnen auf ein Minimum im Rahmen der Elastizität der Nachfrage begrenzt.
    - Machtfragen sind schließlich ein konstitutives Element von Oligopolen: Die AkteurInnen können einander und damit den Markt beeinflussen.
- Deterministische Oligopoltheorien wie etwa nach Cournot und Bertrand verfälschen das Problem, da sie das entscheidende Element der Interdependenz ignorieren und eindeutige Ergebnisse nur mithilfe von Annahmen erreichen, die nicht der Realität, sondern ihrer analytischen Eignung entspringen.
- Oligopolprobleme können nur relativ zu den verwendeten Variablen indeterminiert sein. Die Analogien aus der Mechanik, die für andere Marktformen so hilfreich sind, stoßen im Oligopol an ihre Grenzen.
- Versuche, Institutionen und/oder Machtbeziehungen in die bestehenden ohnehin vollständigen mechanischen Modelle zu integrieren führen zwangsläufig dazu, dass Macht als negativer Störfaktor bzw. als Alternative zum Markt gedacht wird. Die neue Institutionenökonomik ist daher unrealistisch in dem Sinn, dass sie nur die im Model aufgeworfenen Fragen beantworten aber nicht die Realität erklären kann.

- Die Spieltheorie ist eine von der Maximierung abweichende mathematische Methode zur Analyse von Gesellschaftsspielen, das sind Situationen in denen AkteurInnen einen gewissen Einfluss auf den Ausgang haben. Sie ist damit wesentlich besser zur Analyse von Oligopolproblemen geeignet als die neoklassischen Theorien.
- Die Grenzen der Spieltheorie als ökonomische Machttheorie sind die unvollständigen Informationen über jeweils eigene und gegnerische Strategien, Präferenzen, Erlös- und Kostenstrukturen und die statistischen Erwartungswerte, die in der Regel ungeeignet sind um Unsicherheit abzubilden.

- Die Spieltheorie legt darüber hinaus bedeutende Schwachstellen der mechanischen Modelle offen, etwa durch die Einführung „wesentlicher“ (also kooperativer) Spiele, die in der Mechanik nicht abgebildet werden können. Darüber hinaus ist nach Morgenstern die Methode der Maximierung nur anwendbar, wenn alle Variablen kontrollierbar sind – was ist in der wirtschaftlichen Realität auch mit Unterstützung der Statistik kaum je zu bewerkstelligen ist.

6. Macht bei Kurt W. Rothschild 2 (Strategisches Oligopolmodell)

- Für das Oligopol können Metaphern und Analogien zur militärischen Kriegsführung hilfreicher sein als Anleihen aus der Mechanik oder Biologie.
- Das Sicherheitsstreben ist konstitutiv für das Oligopol, weil nur in dieser Marktform der Wunsch nach Sicherheit und die Macht, auf Grund dieses Wunsches zu handeln, angetroffen werden.
    - Jede Erklärung der Preisbildungsprozesse durch Grenzkurven, die aus langfristigen Nachfrage- und Kostenbedingungen abgeleitet werden, umgeht dieses konstitutive Problem der Sicherheit.
    - Dem Sicherheitsmotiv ist im Oligopol derselbe Stellenwert wie dem Profitmotiv einzuräumen. Der jeweilige „Stellungskampf“ wird durch die sicherheitsorientierte Strategie abgegrenzt, im Rahmen dieser Grenzen werden die Profite maximiert. Im Oligopol wird also Böhm-Bawerk „auf den Kopf gestellt“: Die „ökonomischen Gesetze“ wirken im Rahmen der „strategischen Grenzen“ und nicht umgekehrt.
    - Die Berücksichtigung des Sicherheitsmotivs führt zu einer Dynamisierung des Oligopolmodells, da die vorherrschenden Preise nur im Kontext mit der vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Preispolitik und Strategie erklärbar sind.
- Starre Preise sind der oligopolistische Normalzustand und verlieren durch das Sicherheitsmotiv ihre (neoklassische) Irrationalität und sind konsistent mit der dynamischen Sichtweise.
- Im oligopolistischen Preisbildungsprozess wirken widersprüchliche Tendenzen, deren Ergebnis als unternehmensinterner Kompromiss zu verstehen ist.
- Die Möglichkeit eines Preiskrieges dominiert das Oligopol und führt auch ohne auszubrechen zu Maßnahmen, die in der vorherrschenden Theorie irrational erscheinen.
    - Preiskriege sind für alle Beteiligten kostspielig und existenzbedrohend, ihr Auftreten ist daher die Ausnahme, in der Regel kommen niedere Waffensysteme wie Werbemaßnahmen zum Einsatz.
    - Ein Preiskrieg kann durch exogene Faktoren (Terrainwechsel durch veränderte Kosten- oder Nachfragestrukturen) oder durch Beteiligte ausgelöst werden.
    - Im Preiskrieg dient der Preis ausschließlich als Waffe, die kurzfristigen Grenzkosten verlieren unter Umständen ihre Wirkung als Preisuntergrenze. Im Kriegsfall verdrängt das Sicherheitsmotiv das Profitmotiv.
- Eine Trennung zwischen Ökonomischem und Politischem ist bei großen OligopolistInnen auch in der Theorie nicht aufrechtzuerhalten und kommt einer bewussten Täuschung gleich. Die reine Möglichkeit einer imperialistischen Auseinandersetzung und nicht erst deren Ausbruch dominiert die oligopolistische Strategie.

7. Rothschilds Common Sense Economics

Bei dem Symposium zu Rothschilds Emeritierung 1985 präsentierte sein Weggefährte Gunther Tichy sieben Verfassungsartikel über die Methode Rothschilds, welche dafür gesorgt hat, dass „der commonsense gerade noch hoffähig geblieben ist". Diese handeln vom Verhältnis von SpezialistInnen zu GeneralistInnen, von Präzision und Relevanz und der Tatsache, dass alle Modelle „richtig und nützlich sein *können*, richtig zur Beantwortung bestimmter abgegrenzter Teilfragen, aber natürlich nicht richtig im Sinne einer Beschreibung der Welt als System, der menschlichen Verhaltensweisen generell, der wirtschaftlichen Entwicklung im Allgemeinen" (Tichy, 1985:8).

Artikel 1: „Es ist besser eine wichtige Frage zu stellen, als eine unwichtige zu beantworten." (Tichy, 1985:10) Die ökonomische Theorie darf nie zum Selbstzweck verkommen, sie „sollte stets einer gründlicheren Durchleuchtung unserer Umwelt dienen, damit diese besser und menschenwürdiger gestaltet werden kann" (Rothschild, 1966:8).

Artikel 2: „Es ist besser, eine Frage ungefähr richtig, als präzise falsch zu beantworten." (Tichy, 1985:10) Dieses Prinzip hat Rothschild direkt von W. Carr für den *Preistheorie und Olgipol* Artikel übernommen (Rothschild, 1966:62) und setzt ein „Gespür" voraus, wie die Frage zu verstehen ist, wofür die Antwort gebraucht wird und verlangt einen gewissen „Mut zur Verallgemeinerung". Der/Die ÖkonomIn hat demnach darüber hinaus nicht nur die Aufgabe, Pro- und Contra-Argumente zusammenzustellen, sondern diese auch sorgfältig zu gewichten.

Artikel 3: „Es ist besser, die Ökonomie als ein Teilgebiet der Sozialwissenschaft zu verstehen, als die übrigen Teile der Sozialwissenschaften als noch nicht in die Geltung des ökonomischen Gesetzes einbezogene Randgebiete." (Tichy, 1985:11) Anstatt eine „Ökonomisierung der gesamten Sozialwissenschaften" voranzutreiben, gelte es die Erkenntnisse der Soziologie, Politologie und Psychologie in die die ökonomischen Erklärungen „im Sinne einer Beschränkung der Ökonomie auf das, was sie mit ihrem Instrumentarium wirklich erklären kann" einzubeziehen (Tichy, 1985:11).

Artikel 4: „Es ist besser davon auszugehen, dass gerade einfache Fragen komplizierte Methoden und lange Umwege erfordern können, als zu glauben dass auf einfache Fragen stets einfache Antworten passen." (Tichy, 1985:12) Die Komplexität der Erklärungen und Modelle dürfe kein Selbstzweck sein, oftmals gelingt es mit vergleichsweise primitiven Ansätzen durch Abstraktion
vom weniger relevanten gute Antworten zu erreichen. Wo dies nicht möglich ist, darf auch vor komplizierteren Methoden nicht zurückgeschreckt werden.

Artikel 5: „Es ist besser die Methode dem Problem anzupassen, als das Problem auf die Methode zurechtzustutzen." (Tichy, 1985:12) Tichy bezieht sich hier auf Rothschilds Kritik am Umgang mit ökonometrischen Prognosen (Rothschild, 1974), deren Analysen oft am eigentlichen Problem vorbeigehen.

Artikel 6: „Es ist besser die Theorie der Realität anzupassen, als die Realität in die Zwangsjacke der Theorie zu zwingen." (Tichy, 1985:13) Die Gleichgewichtsökonomik hat sich „trotz ihrer offensichtlichen Schwächen (unzulässige Abstraktionen, zu hohe Ausrichtung auf unrealistische Konkurrenzmodelle, Anlehnung an die Mechanik und Vernachlässigung von Soziologie und Psychologie) – immer wieder als fruchtbare Ausgangs- und Koordinationsbasis für wirtschaftswissenschaftliche Überlegungen erwiesen. Gefährlich und

erkenntnishemmend wird ein solches Theoriegebäude, wenn das Denken in seinen Kategorien den Zugang zur Wirklichkeit verstellt und alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, diese in das Schema der Theorie hineinzuzwängen“ (Rothschild, 1978:26), wie es etwa bei manchen Konzepten der freiwilligen Arbeitslosigkeit der Fall ist.

Artikel 7: „Es ist besser, bei Unsicherheit nicht alle Eier in einen Korb zu legen.“ (Tichy, 1985:14) Unterschiedliche, teils widersprüchliche Theorien und Ansätze sind kein Zeichen der Schwäche, sondern angesichts des Untersuchungsgegenstandes unvermeidbar (vgl. Rothschild, 1991:12f) und wären wahrscheinlich eher eine Stärke als ein Nachteil (vgl. Rothschild, 1964:28).

8. Ausgewählte Literatur

Elliott, J. 2000. "Adam Smith's conceptualization of power, markets, and politics." Review of Social Economy, 58(4), S. 429-54.

Galbraith, J. 1967. The New Industrial State. New York: New American Library.

Galbraith, J. 1973. "Power and the useful economist." The American Economic Review, S. 1-11.

Huber, J. 2010. „Macht und ökonomische Theorie am Beispiel Kurt W. Rothschilds“. Diplomarbeit.

Marx, K. und Engels, F. [1890] 1970. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1. Berlin: Dietz Verlag.

Marx, K. und Engels, F. [1894] 1970. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 3. Berlin: Dietz Verlag.

Palermo, G. 2000. "Economic power and the firm in new institutional economics: two conflicting problems." Journal of Economic Issues, 34(3), S. 573-601.

Palermo, G. 2007b. "The ontology of economic power in capitalism: mainstream economics and Marx." Cambridge Journal of Economics.

Rothschild, K. 1947b. "Price Theory and Oligopoly." The Economic Journal, 57(227), S. 299-320.

Rothschild, K. 1971. “Introduction” In Power in economics - selected readings. Hrsg. Rothschild, K. W., Harmondsworth: Penguin Books.

Rothschild, K. 1991. "Glimpses on a non-linear Biography." Banca Nacionale del Lavoro Quarterly Review, 176, S. 3-13.

Rothschild, K. 1993. Ethics and economic theory: ideas, models, dilemmas. Edward Elgar Pub.

Rothschild, K. 2002. "The absence of power in contemporary economic theory." Journal of Socio-Economics, 31(5), S. 433-42.

Samuels, W. 1973. "Adam Smith and the Economy as a System of Power." Review of Social Economy, 31(2), S. 123.

Smith, A. 2006 [1776]. Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. München: Finanzbuchverlag.

Tichy, G. 1985. "Die sieben Verfassungsartikel von Rothschilds "Commonsense econonmics"," In *"Es ist besser, eine wichtige Frage zu stellen, als eine unwichtige zu beantworten",* Hrsg. Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. S. 7-15. Linz: ISW